



Pressemitteilung 05/2006 des Libertären Instituts

Kontakt: 0173 / 8517462 info@libertaeres-institut.de

Webseite: www.libertaeres-institut.de

Ausgabedatum: 23.09.2006

Freigabe: Sofort

Köhler-Rede vom 21.09.06: Staatsräson statt Bildungsschub

Libertäres Institut: Köhler ist auf dem Bildungsholzweg

Köhlers Rede zur Bildungspolitik vom 21.09.2006 ist in Wirklichkeit der Versuch, den Zusammenhalt des Staates auf Kosten der Leistungsträger und einer wirklich wettbewerbsfähigen Bildung zu retten.

Der Bundespräsident hat zwar richtig erkannt, dass die gegenwärtige Bildungsmisere die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gefährdet. Doch eine genaue Analyse seiner Rede zeigt, dass es ihm in Wahrheit nicht um den Bildungsstand individueller Menschen geht, sondern um den Zusammenhalt des Staates und der ihn tragenden Gesellschaft. Am Anfang seiner Rede verweist der Bundespräsident auf das Bildungsideal Wilhelm von Humboldts. Er verschweigt jedoch den wirklichen Gründerpreußischer Schulpolitik, nämlich König Friedrich Wilhelm I., der im Jahr 1717 als erster in Europa die Schulpflicht einführte. Er tat dies mit dem Zweck, besser geeignete Rekruten für seine von ihm massiv aufgestockte Armee und seine von ihm zentralisierte Bürokratie zu gewinnen.

Köhler vermied auch, zu erwähnen, dass im Jahr 1938 diese Schulpflicht von Hitler in einen allgemeinen Schulzwang umgewandelt wurde, eine Maßnahme, die in ihren Grundzügen bis heute in der Bundesrepublik Bestand hat und am 31. Mai 2006 vom Bundesverfassungsgericht bestätigt wurde. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hapert genau daran, dass die politische Klasse von diesem totalitären Ideal der staatlichen Lenkung und Indoktrination junger Menschen nicht lassen kann und will. Horst Köhler sagt zwar, dass er sich eine "offene und tolerante Gesellschaft" wünsche. Doch wie soll das gelingen, wenn Kinder und Jugendliche in ihren prägenden Jahren in die Schulen gezwungen, praktisch eingesperrt und verbeamteten Lehrern und den Beamten in der Schulaufsicht ausgeliefert werden? Menschen also, die ihr ganzes Leben lang die Begeisterung und den Nervenkitzel eines offenen Wettbewerbs in der freien Marktwirtschaft gemieden haben wie der Teufel das Weihwasser.

Wenn, wie der Bundespräsident richtig sagt, der "globale Wettbewerb längst ein Wettbewerb der Bildungssysteme" ist, dann ist es an der Zeit, das Bildungssystem selbst dem Wettbewerb zu öffnen - und das heißt: Privatisierung. Manche Menschen gehen diesen Weg schon von alleine, obwohl das in Deutschland streng verboten ist. Die sogenannten Heimunterrichter werden verfolgt und praktisch aus dem Land verjagt, als wären sie Verbrecher. Dies ist in der Form einzigartig in Europa und somit ein einzigartiger Skandal.

Es ist bedauerlich und sehr bezeichnend, dass der Bundespräsident die Gelegenheit verpasst hat, hierzu auch nur ein Wort zu verlieren. "Bildung beginnt in der Familie" sagt der Bundespräsident zwar ganz richtig, aber er umgeht die zentrale Fragestellung in der Bildungspolitik überhaupt: Wer hat die Aufsicht über die Kinder - die Eltern oder der Staat? Wer hat mehr Interesse daran, dass ein Kind sich im weltweiten Wettbewerb behaupten kann, dass es später einmal in New York, Shanghai, Moskau, Madrid, Paris oder Tokyo arbeiten und Geld verdienen kann? Die Bundesländer oder die Eltern? Es ist offensichtlich, dass die Eltern hier ein größeres Interesse haben, denn von staatlichen Systemen, die ihre Einnahmen weitgehend aus Steuergeldern Einheimischer bestreiten, ist das nicht zu erwarten.

Richtig erkannt hat der Bundespräsident, dass "das Lernen zu lernen" in unserer immer schnelleren Welt einer der wichtigsten Aufgaben der Bildung ist. Aber auch dies wird mit einem weitgehend verstaatlichtem Lehrbetrieb niemals geschehen. Es kommt nicht vor, dass eine Behörde einen Großteil ihrer Aufgaben überflüssig macht - das ist nämlich, was passieren wird, wenn die Schüler das Lernen lernen werden. Der Bundespräsident weist zu Recht darauf hin, dass von einer guten Schule auch "eigenständiges Denken" und "selbständiges Arbeiten" vermittelt wird. Wie aber soll das in einem staatlichen System weitverbreitete Anwendung finden?

Ein staatliches System unterscheidet sich vom marktwirtschaftlichen System gerade dadurch, dass in ersterem eigenständiges Denken und selbständiges Arbeiten absolute Mangelware ist. Eine weitere Mangelware im staatlichen Bildungssystem Deutschlands ist das Fach Wirtschaft. Selbst der Bundespräsident scheint hier Nachhilfe nötig zu haben. Er sei für ein "verpflichtendes und möglichst kostenfreies letztes Kindergartenjahr". Kindergärten, das weiß jedes noch nicht vom staatlichen Schulsystem verbildetes Kind, sind niemals "kostenlos". Von irgendwem müssen die Kosten getragen werden. Entweder von den Eltern direkt oder von anderen, von der Allgemeinheit, den Steuerzahlern. Welches Interesse aber sollten Steuerzahler in einer Welt globalen Wettbewerbs haben, Kinder anderer Leute ein Kindergartenjahr zu finanzieren?

Ebenso abwegig ist die Forderung des Präsidenten, ein "Pflichtjahr" für alle jungen Leute einzuführen. "Viele junge Leute warten nur darauf, sich durch Verantwortungsbewusstsein zu beweisen und zu bewähren", begründet Horst Köhler diesen Vorschlag. Was jedoch ist falsch daran, dieses Verantwortungsbewusstsein in der freien Wirtschaft zu beweisen? Der Präsident wäre besser beraten, radikale Steuer- und Abgabensenkungen und Deregulierung zu fordern, damit die Leistungsträger in diesem Land mehr Arbeitsplätze schaffen können. Statt dessen will er mit zusätzlichen Pflichtjahren vor und nach der Schule den wenigen übrig gebliebenen echten Leistungsträgern noch mehr Steuerlasten aufbürden.

Es scheint, dass der Präsident als Sprecher der politischen Klasse, zu der auch der Großteil der im Bildungssystem Beschäftigten gehört, mit seiner Rede hauptsächlich den Zweck verfolgt, den nationalen Zusammenhalt des bundesrepublikanischen Staates zu stärken. Deswegen sollen junge Menschen noch länger in das vom Preußenkönig Friedrich Wilhelm gegründete Pflichtsystem und in das von Adolf Hitler gegründete Schulzwangsystem gedrängt werden. Ein System, dass im globalen

Wettbewerb nur noch zu mehr inneren Spannungen, zu geringerer Bildungsqualität und zu mehr von der Gesellschaft entfremdeten Menschen führen wird.

ENDE DER PRESSEMITTEILUNG

Hinweis:

Der Autor dieser Pressemitteilung, Robert Grözinger, ist Mitarbeiter des Libertären Instituts. Für weitere Anfragen steht der Leiter des Libertären Instituts, David Schah, zur Verfügung:

Tel: ++49(0)173/8517462

E-Mail: info@libertaeres-institut.de

Das Libertäre Institut ist Deutschlands einziger radikal-liberaler und pro-kapitalistischer Thinktank und wirbt für eine libertäre Sichtweise auf alle durch Politikversagen entstandenen Probleme. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite: <http://www.libertaeres-institut.de>

Postanschrift:

Libertäres Institut
c/o David Schah
Dyroffstr. 4
53113 Bonn